



XINHUA / DDP IMAGES

Zypries beim Treffen mit Ministerpräsident Li Keqiang (2. v. r.) im Mai in Peking

Firmenkäufe

Schutz vor Investoren aus China

Regierung soll problematische Unternehmensaufkäufe leichter untersagen können.

Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Italiens haben ihren Vorschlag konkretisiert, problematische Firmenbeteiligungen von Investoren aus staatskapitalistischen Ländern wie China zu beschränken. Das geht aus einem Schreiben von Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hervor. Danach sollen die Mitgliedstaaten Unternehmenskäufe untersagen oder an Auflagen binden können, wenn die Investition staatlich angeregt, von der Heimatregierung subventioniert oder zu unrealistischen Preisen abgewickelt wird. Zwar sei der Zufluss von ausländischem Kapital grundsätzlich „eine positive Entwicklung“, schreibt Zypries. Doch sei „seit einiger Zeit eine einseitige Konzentration auf Unternehmen der Hoch- und Schlüsseltechnologie zu beobachten“, die zu-

dem „deutlich Bezüge zur Strategie China 2025“ der Peking-Regierung aufweise. Zugleich bleibe „der chinesische Markt europäischen Investoren in vielen Bereichen verschlossen“.

Deshalb müssten die EU-Staaten zusätzliche Eingriffsrechte bekommen. Die Beteiligungen chinesischer Firmen in Deutschland haben nach Erkenntnissen von Zypries' Beamten zuletzt stark zugenommen. Bis August dieses Jahres gab es demnach 21 Fälle, die dem Bundeswirtschaftsministerium angezeigt wurden, mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. EU-Kommissionspräsident Juncker hatte intern angekündigt, in einer Grundsatzrede im September Vorschläge für die schärfere Überprüfung von ausländischen Firmenbeteiligungen in Europa präsentieren zu wollen. msa

Union

Wahlkampf im Innenministerium

Kurz vor der Bundestagswahl wollen die Unionsminister für Inneres und Justiz ihre Ämter als Wahlkampfhilfe nutzen. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung am 1. September in Berlin wollen sich die 19 Minister von CDU und

CSU als Garanten für Sicherheit und Ordnung präsentieren. Als Tagungsort haben sie das Bundesinnenministerium ausgewählt. Nach einer zweistündigen „Aussprache zu aktuellen innen- und rechtspolitischen Themen“ wollen die Minister eine sogenannte Berliner Erklärung verabschieden. Inhaltlich soll es bei dem Treffen unter an-

derem um eine härtere Linie gegen Linksextremismus gehen, mit der die Union nach den Gewaltexzessen im Umfeld des G-20-Gipfels in Hamburg punkten will. Der bayerische Justizminister Winfried Bausback, der die Zusammenkunft mit organisiert, will dem Vernehmen nach außerdem über höhere Strafen bei Beleidigungen im

Netz und mehr Befugnisse für Ermittler bei Wohnungseinbrüchen reden. Damit der Konferenzraum im Ministerium von Thomas de Maizière (CDU) überhaupt ausreicht, ist die Teilnehmerzahl begrenzt: In der Einladung werden die Politiker gebeten, „Ihre Begleitung auf eine Person zu beschränken“. ama, wow